

1. Hintergründe der Untersuchung

Der Begriff „Identität“ hat Hochkonjunktur. Diese Feststellung eint neuere deutschsprachige Publikationen verschiedener sozial- und geisteswissenschaftlicher Disziplinen, die den Identitätsbegriff im Titel tragen, wodurch man sich gleichzeitig von einer Modeerscheinung abzugrenzen trachtet, während man auf ihrer Welle reitet. Angesichts der Häufigkeit und Beharrlichkeit der Verwendung des Identitätsbegriffs kann angenommen werden, dass der Identitätsbegriff besonders seit den 1990er Jahren stark an Bedeutung gewonnen hat.¹ Ich werde im Folgen-

-
- 1 Niethammer recherchierte, dass von 1701 monographischen Titeln, die in der „Deutschen Bibliothek“ in Frankfurt und Leipzig 1999 unter dem Stichwort „Identität“ verzeichnet sind, über tausend in dem Zeitraum von 1990 bis 1999 erschienen sind. In den 1980er Jahren waren es über 500 Titel, in den 1970er Jahren knapp 200, in den 1960er Jahren 90, in den 50er Jahren 50 und eine Monographie ist von 1946. Allein 1999 waren 362 einschlägige Veröffentlichungen in deutscher Sprache und 2079 englischsprachige Veröffentlichungen im Buchhandel lieferbar. Die meisten der verfügbaren Buchtitel aus US-amerikanischen Katalogen, so Niethammer weiter, beschäftigen sich mit kollektiver Identität. An erster Stelle stünden nationale Identität (überwiegend US-amerikanische), gefolgt von ethnischer Identität (Niethammer zählt hierzu u. a. „schwarze oder afroamerikanische Identitätsproblematik“ sowie jüdische), und schließlich „gender“-Identität“. Für die 178 deutschsprachigen Neuerscheinungen von 1998 und 1999, die die „Deutsche Bibliothek“ ausweist, stellt Niethammer eine ähnliche Verteilung fest, wonach ca. 90 Prozent kollektive Identität betreffen. Niethammer merkt an, dass die Vermehrung der Veröffentlichungen auch in Zusammenhang mit den allgemein ansteigenden Publikationen auf dem Buchmarkt zu begreifen ist. Demnach stellt er heraus, dass es pro Jahrzehnt zu einer Verdoppelung der Titel zu „Identität“ kam, was diesem Thema doch eine einzigartige Stellung zuweise (2000: 21 f., Fn. 23). Dem anzufügen ist noch, dass Niethammer lediglich Monographien recherchiert hat; wenn man auch Aufsätze in diese Berechnung einbeziehen würde, wäre die Menge der Titel sicher um einiges höher.

den die deutschsprachige Diskursivierung von „Identität“ skizzieren und darstellen, wie Elemente und Regelmäßigkeiten, die für den hier rekonstruierten Diskurs vom „autonomen Subjekt“ aufgezeigt werden, auch den deutschsprachigen Diskurs organisieren. Auf diese Weise werden zentrale Elemente der Problematisierungsweise von Identität, wie sie im Laufe dieser Arbeit herausgearbeitet werden, benannt.

Um nur einige Titel aufzugreifen, die für diese Arbeit als Referenzrahmen in Frage kommen, wäre z. B. der von Assmann und Frieze (1998) herausgegebene Sammelband zu nennen. Darin sind Texte enthalten, die „die Bedeutung und Reichweite eines transdisziplinären Begriffs“ in den Kulturwissenschaften ausloten sollen, wobei die Herausgeberinnen bemüht sind, diesen Identitätsbegriff durch die Unterscheidung von einem Identitätsbegriff als „Plastikwort“², der der Alltagssprache zugeschlagen wird, als „wissenschaftlichen“ Begriff zu bestimmen (Assmann/Frieze 1998a: 11). Es handelt sich um Beiträge aus Psychologie, Soziologie, Geschichtswissenschaft, Ethnologie und Literaturwissenschaft. Eine der Bedingungen, die zur Diskursivierung des Identitätsbegriffs beitragen, ist die *Anwendung in unterschiedlichen Disziplinen*. Die Fähigkeit, disziplinäre Grenzen zu überschreiten, ermöglicht die Verbreitung des Begriffs und gehörte bereits in den begriffsgeschichtlichen Anfängen zu den Bedingungen seiner Hervorbringung. Der Identitätsbegriff, den wir heute als sozialwissenschaftlichen, geisteswissenschaftlichen, kulturwissenschaftlichen sowie als Begriff der Alltagssprache verwenden, wurde entscheidend im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg von Erik H. Erikson geprägt. Er entsteht im direkten wie indirekten Zusammenhang mit anderen wissenschaftlichen Feldern. Der Psychoanalytiker Erikson machte im Kontext der sogenannten „national-character studies“ anhand von ethnographischen Studien einen ersten Entwurf der späteren Identitätsmodelle der „kollektiven Identität“ und der „personalen Identität“. Das interdisziplinäre Feld der „national-character studies“ bestand aus EthnologInnen, AnthropologInnen, PolitologInnen wie PsychologInnen. Wenn die Durchlässigkeit der disziplinären Grenzen die Verbreitung des Identitätsbegriffs bedingt, so deutet die Geschmeidigkeit dieses Begriffs möglicherweise auch auf einen Mangel hin: es ist dann nicht analytische Stärke, die ihn für mehrere

-
- 2 Der Begriff wurde von Pörksen (1988) für Wörter der „Medien- und Expertensprache“ geprägt, die – Niethammer zufolge, der den Identitätsbegriff auf seine Eigenschaften als „Plastikwort“ hin untersucht – als „Bausatz von semantischen Mollusken alles und nichts bedeuten, aber wissenschaftlich klingen und zur Verwirklichung drängen“ (Niethammer 2000: 33). Kennzeichnend für ein „Plastikwort“ ist demnach, dass es sich nicht auf die Alltagssprache beschränken lässt.

Disziplinen übersetzbar macht, sondern theoretische Unterkomplexität oder Unbestimmtheit. Die Funktion seines Gebrauchs wäre es demnach, wissenschaftliche Arbeiten mit Gewicht zu versehen. Während der Begriff des „national character“ in Kriegszeiten mit nationalem Pathos bedeutsam gemacht wurde, ist es heute der Rückgriff auf scheinbar dauerhafte Fragen und Probleme der abendländischen Philosophie (Assmann/Friese 1998a), der Moderne (Giddens 1991; 1996; Wagner 1995; Keupp et al. 1999) oder der *conditio humana* (Keupp et al. 1999), die dem Begriff Gewicht verleihen. Niethammer spricht in diesem Sinn von einer „magischen Formel“.³

Für die Sozialwissenschaften stellt Wagner fest, dass der Identitätsbegriff andere Termini und Konzeptionen – wie Interesse und Rolle, die sozialen Strukturen oder Systemen korrespondieren – „verdrängt“ und deren „dominierende Position eingenommen“ habe (1998: 48). In *Kollektive Identität* (1999) greift Bernhard Giesen das Konzept „kollektiver Identität“ auf, das „eine neue sozialwissenschaftliche Perspektive auf Gemeinschaftlichkeit“ ermöglichen solle. Giesens historische Begründung bezieht sich auf die Romantik und stützt sich auf die Hypothese, dass im 19. Jahrhundert „eine Wende“ stattgefunden habe, wodurch „Gemeinschaft [...] nun in Verbindung mit der Suche nach Identität gebracht“ worden sei (1999: 11). Giesens Argumentation ist charakteristisch für die aktuelle Rede von Identität, in der eine „Krise“ postuliert wird, die die „Suche nach Identität“ zwingend mache. Allerdings verlegt Giesen diesen Topos um zwei Jahrhunderte vor, wobei die Problematisierung von „Krise“ den ganz aktuellen Problematisierungen gleicht. Da ist die Rede von der „Auflösung traditionaler Ordnungen“, von „bodenlose[r] Suche nach Selbstbestimmung“, von einem „freigesetzten und

3 Auch Niethammers Untersuchung des kollektiven Identitätsbegriffs, die er auf Texte von C. Schmitt, G. Lukács, S. Freud, M. Halbwachs, C. G. Jung und A. Huxley stützt, kommt zu dem Ergebnis, dieses Konzept zeichne sich durch „innere Strukturlosigkeit“ aus. Bei dieser „heute so geläufigen sozialen Semantik“ handle es sich nicht um „eine irgendwie explizierte Theorie, sondern um magische Formeln in Grenzgebieten von Verfassungspolitik, Sozialphilosophie, ethnischer Zurechnung, soziologischer Traditionsanalyse und sozialbiologischer Utopie, mit denen sehr unterschiedliche und wissenschaftlich, politisch oder religiös problematische Inhalte zugleich verdeckt und diskursfähig gemacht werden sollen.“ Zusammen mit „seine[r] logisch-philosophische[n] Weihe eignet sich der Begriff der kollektiven Identität für diese Funktion einer exponierenden Verdeckung besonders, weil er die Vagheit des Inhalts mit der Bestimmtheit des Inhalts übertönt“, so Niethammers Analyse (2000: 457). Ähnlich lautet auch Narrs Analyse, der von einem „leeren Wesensbegriff“ und angesichts der Allgegenwärtigkeit außerdem von „Identitätsgewusele“ spricht (1999: 104).

unruhigen Selbst“, dem die „kollektive Identität der Gemeinschaft [...] einen festen und unüberbietbaren Stand“ bot, so Giesen. Zudem kommt ein weiterer Topos der Rede von Identität ins Spiel: Die Voraussetzung von „kollektiver“ Identitätsbildung für die Ausbildung „individueller“ Identität (ebd.). Diese Problematisierungsweisen von Identität macht die vorliegende Untersuchung als kennzeichnend für die 1950er Jahre aus, als der Identitätsbegriff u. a. von Erik H. Erikson als Begriff eingeführt wurde, der in sozialwissenschaftlichen und geistes- oder kulturwissenschaftlichen Disziplinen, in sozialen Bewegungen, die sich zu diesem Zeitpunkt in westlichen Industrienationen zu formieren begannen, und in populärwissenschaftlichen oder journalistischen Arbeiten von da an verwendet werden sollte. Es sei dahingestellt, ob diese historische Zeitspanne ohne weiteres mit „der“ Romantik verglichen werden kann. Festgehalten werden kann jedenfalls, dass Giesen eine historisch spezifische Problematisierungsweise sozialer Realität auf eine Zeit überträgt, in der sie noch nicht existierte.

Fraglich bleibt aber vor allem, warum der Gemeinschaftsbegriff durch den der Identität neu bestimmt werden muss. Kennzeichnet Gemeinschaft nicht auch, dass sie erst hergestellt werden muss? Warum sollte die „Suche“ danach besser als „Suche nach Identität“ bezeichnet werden? Eine Antwort darauf gibt Giesen nicht. Einen Hinweis erhält man vielmehr, wenn weitere Verknüpfungen herausgestellt werden, die in der vorliegenden Untersuchung als kennzeichnend für die Diskursivierung von „Identität“ seit den 1950er Jahren analysiert wird. Die Rede von „Krise“ verweist auf die Problematisierung sozialer Ordnung (vgl. Giesen 1999: 16) sowie der „Autonomie“ des Subjekts (ebd.: 19) oder der „Fähigkeit zur Selbstbestimmung und kommunikativen Verständigung“ (ebd.: 23), der „schwache[n] anthropologischen Annahme“, ohne die eine „Theorie kollektiver Identität“ nicht auskomme. Als charakteristisch für diese Problematisierungsweisen erweist sich das Vorhaben, „wissenschaftlich“ festzulegen, was als anthropologische Konstante gelten kann. Mit anderen Worten, die Problematisierung von „Identität“ in Gesellschaften westlicher Industrienationen wird als Projekt analysiert, das im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg aufs Neue aufgegriffen wurde: Vor dem Hintergrund des Holocaust, der Erfindung der Atom-bombe, den Schrecken des Kriegs und, nicht zuletzt, den Kriegen gegen die antikolonialen Befreiungskämpfe war das die Frage danach, was Menschen vermögen, was „menschlich“ ist, was „der Mensch“ ist. Die Einführung des Identitätsbegriffs als Begriff sozialwissenschaftlichen Gebrauchs, stellt auch den Versuch dar, wissenschaftlich zu definieren, was den Menschen ausmacht, indem festgelegt wird, wie „menschliches“ Zusammenleben aussehen soll. Mit anderen Worten, mit dem

Identitätsbegriff wurde das Konzept des „Menschen“ neu aufgelegt, das nunmehr als (sozial-)wissenschaftliches Konzept gesellschaftliche Normen und Werte begründete. Es sind diese Voraussetzungen, die die Problematisierung von „Identität“ zudem für die entstehenden sozialen Bewegungen interessant machen sollte.

In diesem Zusammenhang steht die *Diskursivierung des Identitätsbegriffs als normativem Begriff*. So untersucht z. B. Eder (2000) die Mobilisierung der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen als Prozess „kollektiver Identitätsbildung“.⁴ Eders Rückgriff auf das Konzept „kollektiver Identität“ liegt darin begründet, dass damit „kollektive Lernprozesse“ verbunden werden: „Über Identität als ein mögliches anderes zu reden, eröffnet eine besondere Chance gesellschaftlichen Lernens“ (ebd.: 24). Zwar werden Gefahren von Identitätspolitik in sozialen Bewegungen als nicht intendierte „perverse Effekte“ kritisch diskutiert und bewertet. Medium und Feld der Auseinandersetzung, an dem auch soziale Bewegungen partizipieren, ist „symbolische Macht“, wie Eder mit Bourdieus Begriff schlussfolgert. Die besonderen Ausschlussmechanismen durch Identitätspolitik verfestigten sich in Zusammenhang mit der Einbindung sozialer Bewegungen in größere kollektive Gebilde wie der Nation sowie in weitreichende kommunikative Komplexe von Staat, Medien und anderen sozialen Bewegungen und Gegenbewegungen, besonders angesichts der Bedeutung neuer Kommunikationstechnologien, zu „symbolischer Macht“. Die Annahme eines „herausgehobenen Status“ von Neuen Sozialen Bewegungen als „reflexivem Akteur“, beispielhaft für größere Kollektive, lässt sich demnach nicht aufrechterhalten. Dennoch kommt Eder abschließend wieder auf die Idee der „reflexiven Form kollektiven Lernens“ (ebd.: 201 ff.) und von „Identitätskommunikation“ (ebd.: 206) zurück. Wie bei Giesen werden am Konzept Identität Normen und Werte festgemacht. Warum aber müssen Auseinandersetzungen über gesellschaftliche Werte auf die „Frage der Identität“ zurückgebogen werden?

Eders Untersuchung steht hier beispielhaft für das Gebiet der Soziologie sozialer Bewegungen, in der die Hypothese von der kollektiven Identitätsbildung als Voraussetzung von Mobilisierungsprozessen eine leitende Annahme ist. Tourraines in den 1970er Jahren aufgestellte Hypothese, dass dabei fehlende institutionelle Stabilität durch „identitäre Stabilität“ ersetzt werde (vgl. Eder 2000: 201), auf die dabei aufgebaut wird, kann angesichts der Existenz anderer Formen von Mobilisierung auch hinterfragt werden: spätestens seit Ende der 1970er Jahre

4 Dieser Gebrauch des Identitätsbegriffs ist auf die Soziologie sozialer Bewegungen zurückzuführen, vgl. 7.

lassen sich zunehmend auch themenorientierte Mobilisierungsformen beschreiben (von der Kinderladen-, über die Punk- bis zur Umweltbewegung). Inwiefern eine „gemeinsame Identität“ tatsächlich eine notwendige Voraussetzung für die politische Formierung ist, sei dahingestellt. Vor dem Hintergrund anderer Formen politischer Mobilisierung und der Kritik an Identitätspolitik innerhalb sozialen Bewegungen wie den Frauenbewegungen, Schwulen- und Lesbenbewegungen und anti-rassistischen Bewegungen stellt sich die Frage, ob nicht die Sozialwissenschaften lediglich eine Selbstbeschreibung sozialer Bewegungen wiedergeben, statt ihre Analyse auf eine Haltung der kritischen Distanz zu stützen. Für die Untersuchung der Mobilisierung sozialer Bewegungen wird zwar Goffmans Modell des „Rahmens“, bzw. der „Rahmenanalyse“, aufgegriffen. Als Mechanismus der Organisation von Erfahrung und von Ereignissen taugt dieses Modell allerdings nicht für weitestreichende Interpretationen, sondern ist situationsspezifisch. Wenn in der Untersuchung der Mobilisierung sozialer Bewegungen zusätzlich das Konzept „kollektiver Identität“ eingebracht wird, geht es offenbar auch darum, der Organisation von Ereignissen eine Dauerhaftigkeit und Festigkeit zu verleihen, die sie möglicherweise nicht haben.

Ein weiterer Grund, an dem Identitätsbegriff als analytischer Kategorie festzuhalten, selbst wenn zugestanden wird, es gäbe bessere Begriffe – wie den der Identifikation – ist schlicht Konvention. So argumentiert Reese-Schäfer, Herausgeber eines Bandes politikwissenschaftlicher Texte (1999). Zwar wird mit Bezug auf eine systemtheoretische Analyse des Gebrauchs des Identitätsbegriffs der Begriff der Identifikation als angemessener präsentiert, da er die aktive „Leistung der Synthese von Eindrücken externer Herkunft“ (Luhmann 1990: 21) bezeichne, der Begriff sei aber international nicht durchgesetzt.

„Es wäre deshalb nicht falsch, ihn [den Begriff der Identität] durch den aktivistischeren Begriff Identifikation zu ersetzen. Dem Begriff Identität bliebe dann im Grunde nur eine Signalfunktion für Identifikationen [...]. Diese Redeweise hat sich bislang nicht durchgesetzt, sondern in den internationalen Sozialwissenschaften ist durchweg von ‚Politiken der Identität‘ statt solcher der Identifikation die Rede. Ein verbreiteter Sprachgebrauch kann nicht ohne weiteres umgestürzt werden.“ (Reese-Schäfer 1999a: 16)

Tatsächlich geht es auch Reese-Schäfer um Fragen von großer Reichweite, nicht nur der Möglichkeiten der Konstruktion von „nationaler Identität“, mehr noch um die Herstellung „europäischer Identität“ und, im Anschluss an Habermas, um die Herstellung von „weltbürgerlicher Identität“ (ebd.: 25 ff.), weswegen ein Verzicht auf den Identitätsbegriff

nicht denkbar ist. Der Begriff der Identifikation kann allerdings kaum als emphatischer Begriff verwendet werden, sondern würde eher auf Subjektivierung verweisen.

Auffällig ist, dass Konzepte wie „vorgestellte Gemeinschaften“ (Anderson), „Gemeinsamkeitsglaube“ (Weber)⁵, „Rahmen“ (Goffman) und Identifikation, die insofern weniger weitreichend sind, als sie nicht Bedeutungen des Ursprungs aufrufen wie der Begriff „Identität“, in diesen Abhandlungen als ungenügend gelten. In den Texten von Giesen, Eder und Reese-Schäfer verbindet sich mit dem Konzept der kollektiven Identität auch das Vorhaben, angesichts fragwürdig werdender Werte abendländischer Tradition ethischen Fragestellungen generell nicht nur einen theoretischen Ort zu geben, sondern sie zwingend zu machen. Darüber hinaus wird auf diese Weise gegen alle beobachtbaren Anfechtungen der Anspruch auf Geltung und Durchsetzbarkeit von Werten und Normen begründet – vor dem Hintergrund der Globalisierung sozialer Beziehungen nunmehr über die nationalstaatlich definierte Gesellschaft hinaus Europa- und weltweit. Dennoch bleibt unbegründet, warum die Auseinandersetzung über gesellschaftliche Normen an einem Ursprung festgemacht werden muss.

Kennzeichnend für die Diskursivierung des Identitätsbegriffs ist demnach u. a., dass Unterschiede in den Fragestellungen, Herangehensweisen und in den analytischen Instrumenten unter einem Begriff subsumiert werden. Weitere Konzepte, deren Unterschiede in einem „inhaltsarmen Reduktionsbegriff“ untergehen, wie Niethammer mit Pörksen für den Identitätsbegriff feststellt, sind „Biographie, Geschichte einer Gruppe, eines Volks oder eines Landes, [...] Wiedererkennbarkeit des Erscheinungsbildes einer Firma oder auch des Bildes, das sich ein Kollektiv von sich selbst oder von anderen macht bzw. machen lässt“ (2000: 35). Verschiedene Themenkomplexe werden auf die „Frage der Identität“ reduziert statt sie als solche zu benennen und zu untersuchen: politische Repräsentation, die gesellschaftliche Verteilung von Arbeit, Begehren, Lebensformen und Gewohnheiten.

Die deutschsprachige Diskursivierung des Identitätsbegriffs geht u. a. auf die Verknüpfung von „Ich-Identität“ mit „Moralentwicklung“ durch Habermas, Döbert und Nunner-Winkler zurück. Die empirische

5 Reese-Schäfer bringt den Hinweis auf Max Webers Begriff des Gemeinsamkeitsglaubens in der Erörterung des Identitätsbegriffs als „politischem Begriff“ im Sinne von „nationaler Identität“ (Reese-Schäfer 1999a: 19). Es wird aber nicht in Betracht gezogen, diesem Begriff den Vorzug zu geben im Vergleich zu dem der „nationalen Identität“. Dabei bezeichnet er genauer, *was* hergestellt wird und *dass* es sich um eine Herstellung handelt.

Untersuchung von Jugendlichen und ihren Möglichkeiten zur Ausbildung von „moralischem Bewußtsein und Wertorientierungen“ wie „politischen Grundeinstellungen“ Anfang der 1970er Jahre war von der Fragestellung geleitet, „ob ein systemkonformer Anschluß der jeweils nächsten Generation an die vorhergehende gelingt“ (Döbert/Habermas/Nunner-Winkler 1975: 9).⁶ Es geht um die Frage, wie anerkannte gesellschaftliche Normen aufrecht erhalten und durchgesetzt werden können, wenn der Identitätsbegriff aufgegriffen wird.⁷ Habermas formuliert die Zielsetzung, den normativen Gehalt des Identitätsbegriffs empirisch überprüfbar zu machen (1976a: 66 f.) sowie der Forderung nach einer universalistischen Moral „universalistische Ich-Strukturen“ gegenüberzustellen (1976b: 96). Habermas’ Bestreben geht dahin, eine „universalistische Moral“ und „vernünftige“ allgemeine Normen auch für komplexe Gesellschaften verbindlich zu machen (ebd.). Wenn in den 1970er Jahren von Gesellschaften im Sinne von national definierten Gesellschaften die Rede ist, so hat Habermas aktueller über nationalstaatliche Grenzen hinaus das „Weltbürgertum“ als Ebene für die Ausbildung einer universalistischen Identität ausgemacht, für die die Menschenrechte als normative Grundlage gelten sollen (1998). Es sollen demnach für umfangreiche Einheiten von sozialen AkteurInnen – Nationalstaat oder Weltgesellschaft – verbindliche Regeln festgelegt werden. Der Identitätsbegriff sowie das Modell der Identitätsentwicklung steht dabei für die Möglichkeit der Verinnerlichung dieser Normen und ihre Überprüfbarkeit.

In diesem Zusammenhang steht auch die Übersetzung des Werks von George Herbert Mead, in der der Begriff „self“ als „Identität“ oder „Ich-Identität“ übertragen wurde.⁸ Tugendhat hat bereits kritisiert, dass diese Übersetzung „nicht zu gebrauchen“ sei (1997 [1979]: 247). Die Übersetzung ist ein Zeichen für die Diskursivierung des Identitätsbegriffs als normativem Begriff im deutschen Sprachgebrauch seit den 1970er Jahren. Meads Begriff des Selbst ist jedoch nicht auf einen sozialpsychologischen Identitätsbegriff im Anschluss an Erikson zu reduzieren, schon allein deswegen, da er nicht die Möglichkeiten der Operationalisierbarkeit impliziert, die mit diesem verbunden werden. Die nachfolgende Untersuchung wird zudem aufzeigen, wie Meads Definition

6 Die Ergebnisse der Studie von Döbert und Nunner-Winkler sind 1975 erschienen, zuerst in Form eines Aufsatzes 1973.

7 Zur Kritik an diesem Anspruch vgl. Bruder-Bezzel/Bruder (1984: 170 ff.).

8 *Mind, Self and Society* wurde 1968 erstmals herausgegeben in der Übersetzung von Ulf Pacher. Die Aufsatzsammlungen in zwei Bänden erschienen 1980 und 1983 in der Übersetzung u. a. von Klaus Laermann.

des Selbst sich auf eine Unterscheidung des ‚Menschen‘ vom Tier stützt. Diese Unterschiede gilt es festzuhalten, statt sie zu überdecken.

Eine andere Tradition zeigt Niethammers ideengeschichtliche Studie zum Begriff „kollektiver Identität“ mit Carl Schmitts politischer Theorie auf. Niethammer zufolge steht die aktuelle Thematisierung von kollektiver Identität in der Nachfolge von Schmitts 1922 erschienenem Buch *Politische Theologie*. Sowohl in der BRD als auch in der DDR fand demnach Schmitts Konzept der „identitären Demokratie“ und die Vorstellung der „Identität von Regierenden und Regierten“ in den Nachkriegsgesellschaften eine Anhängerschaft (Niethammer 2000: 117 ff.). In das „konservative Verfassungsverständnis der Bundesrepublik als ‚repräsentativer Demokratie‘“ fand Schmitts Theorie Eingang, um das Konzept direkter Demokratie abzulehnen (ebd.: 120). Auch bei der Verfassungsgebung der DDR spielte sie eine Rolle, insofern das sogenannte Blocksystem damit begründet wurde (ebd.: 118). Schließlich führt Niethammer auch die Linke um 1968 an, wo die Schmittsche Demokratieformel in die Form der Gegenwarts kritik gebracht wurde; und noch in der Abgrenzung davon sei auf dieses Konzept als Begründung zurückgegriffen worden.

Dieser Analyse zufolge ist die Konzeption der „Identität von Regierenden und Regierten“, in Verbindung mit einer linken Version aus der Feder von Georg Lukács, in eine „metapolitische Identitätstheorie politischer Unmittelbarkeit“ eingegangen (ebd.: 153), die links wie rechts Anhänger findet. Darauf gründet die Vorstellung von der Homogenität kollektiver Zusammenhänge – der Nation bzw. des revolutionären Proletariats – und folglich die Ausklammerung vermittelnder Instanzen wie Recht und staatlicher Institutionen sowie der Ausschluss anderer als feindselig identifizierten Gruppen. Problematisch an der Konzeption kollektiver Identität, so Niethammers Fazit, ist die notwendige „Abgrenzung von einem Nicht-Identischen“ (ebd.: 625). Eine Tendenz zu Gewalt und – aufgrund der religiösen Aufladung – zum Fundamentalismus sei dem Konzept kollektiver Identität inhärent.⁹

In diesem Sinne ist auch Narrs Kritik an dem „massiven Missbrauch kollektiver Identitätsorientierung“ und ihren „mörderischen“ Folgen in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (1999: 123). Die bereits erwähnte Kritik von Eder an der Identitätspolitik in sozialen Bewegungen, die er auf den Begriff der „symbolischen Gewalt“ bringt, läuft auf die Gewalt durch Ein- oder Ausschluss hinaus (2000: 192 ff.). Tugendhat

9 Niethammer geht davon aus, dass dies strukturell in dem Konzept Identität angelegt ist, und es einen „Schutz vor dem unbewussten Hinübergleiten aus der harmlos erscheinenden Forderung nach kultureller oder politischer Identität in die Legitimation von Gewalt“ nicht gibt (2000: 626).

hat in der Diskussion von Habermas' Identitätstheorie seine Kritik auf die Vorstellung bezogen, Einzigartigkeit in der Identität zu erlangen. Dies führe zu einer Reduktion auf die Unterscheidung von anderen, zu einer „Sorge um ‚Abständigkeit‘“ (1997 [1979]: 290). In diesen Zusammenhang könnte auch Peter Brückners Kritik an der Protestbewegung Ende der 1960er Jahre in der BRD gestellt werden. Brückner analysiert die Studentenbewegung als „Identitätsrevolte“, die in ihrer späteren Phase einen Wandel vollzogen habe. Angesichts des Verlusts der Möglichkeiten zur öffentlichen Diskussion mit der fortschreitenden Entwicklung dieser Bewegung, ergingen sich demnach deren Teilnehmende vor allem in der Abgrenzung von anderen (1978: 44 ff.).¹⁰

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Diskursivierung von Identität die Durchsetzung von Vorannahmen mit sich bringt, die auf diese Weise unbegründet bleiben. Dazu gehört die Rückbindung von Normen und Werten an die Konzeption Identität und das Postulat von der Homogenität eines kollektiven Zusammenhangs als Voraussetzung für politisches Handeln.

Vereinnahmung von Identitätskritik

Wenn in neueren sozialwissenschaftlichen Arbeiten der Identitätsbegriff aufgegriffen wird, wird oft betont, es handle sich um eine konstruktivistische Perspektive oder um einen konstruktivistischen Begriff (Keupp et al. 1999; Giesen 1999; Reese-Schäfer 1999). Zuweilen wird sogar darauf hingewiesen, dass es einen Gemeinplatz darstellt, von der Konstruiertheit von „Identität“ zu sprechen (Reese-Schäfer). Bezugs-

10 Diese Darstellung des Identitätsdiskurses, und inwiefern die Protestbewegungen dazu beigetragen haben, ist eine Lesart von mehreren möglichen Lesarten. Es soll nicht der Eindruck vermittelt werden, als habe es eine einheitliche politische Form gegeben. Ähnlich wie in dem nordamerikanischen Diskurs, der Inhalt der vorliegenden Analyse ist, gab es auch Kritik an Identitätspolitik und Brückners Text steht in dieser Darstellung beispielhaft dafür. Dabei unterscheidet Brückner „politische Identität“, die in seiner Konzeption für die Möglichkeit des öffentlichen Austauschs steht, von „pädagogischer“ und „sokratischer Identität“. Darauf stützen Bruder-Bezzel/Bruder ihren Begriff der „Identität aus dem Bruch“ (1984: 174 ff.). Demzufolge baue die politische Öffentlichkeit, die in der „kollektiven Identität“ im Rahmen der Studentenbewegung ausgebildet worden sei, auf einem Bruch mit der „pädagogischen Identität“ aus der Sozialisation auf. Vor dem Hintergrund der vorliegenden Untersuchung muss aber die Frage aufgeworfen werden, ob das Politische in der „kollektiven Identität“ – im Unterschied zur „persönlichen Identität“ – liegt. Die Erfahrungen in sozialen Bewegungen und die daraus hervorgegangene Kritik zeigt vielmehr, dass im Namen des Kollektivs Vorannahmen begründet wurden und werden, um sie vom politischen Austausch auszunehmen. Die Frage bleibt: Warum muss das Politische an Identität rückgebunden werden?

rahmen dafür ist die Kritik an der Zuschreibung einer Personenkategorie sowohl in wissenschaftlichen Abhandlungen als auch innerhalb von sozialen Bewegungen und ihren Organisationen. Die Auseinandersetzungen innerhalb von sozialen Bewegungen mit Fremd- wie Selbstklassifizierungen stellen den Schauplatz dar, auf dem die Effekte der Rede von Identität, Naturalisierung und Subsumierung unter eine „Identität“, angefochten werden.¹¹ Dabei ist die Identitätskritik in sozialen Bewegungen selbst Gegenstand kontroverser Diskussionen. Identitätspolitik war von ihren Anfängen her auch umstritten, wie die folgende Untersuchung zeigen wird. Es ist diesen Problematisierungen von Identitätskategorien in entscheidender Weise zuzuschreiben, dass in aktuelleren Veröffentlichungen über „Identität“ der Konstruktionscharakter von verwendeten Identitätsbegriffen festgestellt wird. Ein neueres Phänomen in diesen Auseinandersetzungen ist allerdings, dass sowohl in sozialen Bewegungsdiskursen als auch in sozialwissenschaftlichen Thematisierungen, diese Kritik vereinnahmt wird, um die „Frage der Identität“ als Notwendigkeit (wieder) zu begründen. An zwei sehr unterschiedlichen Beispielen soll die Thematisierung der „Frage von Identität“ als „unausweichlich“ veranschaulicht werden. Beim ersten geht es um eine politische Argumentation, die hier an Stuart Hall nachvollzogen wird, beim

11 Das ist erstens Kritik, die aus der Beschäftigung mit wissenschaftlichen Konzeptionen von Identität heraus entstand. Beispielhaft soll hier feministische Kritik an einem androzentrischen Konzept des Individuums und an dem Begriff von Identität genannt werden (Bilden 1989; 1998; Vollmer-Schubert 1991) sowie Kritik an Erik H. Eriksons Identitätstheorie, die u. a. darauf zielt, dass die Konzeption von Identität sich ausschließlich auf bürgerliche Männer beziehe (Sampson 1985; vgl. a. Keupp 1989). Es wird in diesem Zusammenhang auch Kritik an der Anforderung der Anpassung an historische Bedingungen in Identitätstheorien geübt, so z. B. Vollmer-Schuberts Kritik an Erikson (1991), an der Konzeption von Identität im Sinne von eindeutiger Einheit (Bilden 1998). Zweitens wird diese Kritik innerhalb von sozialen Bewegungen formuliert. Hier wird besonders der ausschließende Charakter von Identitätsbegriffen sowie die Leugnung der historischen Konstruktion dieser Kollektive in Frage gestellt. So wird z. B. (Geschlechts-)Identität als Gemeinschaft stiftendes Moment und Ausgangspunkt für politisches Handeln in den Frauenbewegungen, Lesbienbewegungen und Schwulenbewegungen problematisiert, wie etwa Hark (1996) für die Lesbenbewegung (-en) in der Bundesrepublik analysiert. Früher noch wurde Kritik an einer von Weißen und deutschen Frauen dominierten Frauenbewegung und einer umfassenden Kategorie ‚Frau‘ formuliert, z. B. von Afrodeutschen Frauen in dem Buch *Farbe bekennen* (1986) und von der Gruppe FeMigra (1994). Zwar geht es in diesen Texten zuweilen nicht explizit um eine Kritik am Identitätsbegriff, doch wird die Möglichkeit, unter einer Kategorie eine Einheit zwischen sozialen Akteurinnen bzw. Aktivistinnen herzustellen, hinterfragt.

zweiten um einen sozialwissenschaftlichen Beitrag zur „Identitätsforschung“, die anhand einer Studie von Keupp et al. erörtert wird.

„Who Needs Identity?“ fragt Stuart Hall (1996a). Hall ist selbst ein Autor, der zur postkolonialen Theoriebildung einen wichtigen Beitrag geleistet hat. Sowohl „postkolonial“ als auch „queer“ sind allerdings Bezeichnungen, die unterschiedlich in Anspruch genommen werden und unter denen Identitätspolitik sowohl befürwortet als auch hinterfragt wird.¹² Hall hat sich in verschiedenen Texten für eine Bestimmung kultureller Identität, die innerhalb kultureller Praktiken und Repräsentation konstituiert werde (1994a [1990]: 26) und den Begriff der Ethnizität als historisch, kulturell und politisch konstruiert, gegen eine Konzeption der Schwarzen Erfahrung im Sinne von „Natur“ (1994b [1992]: 21) ausgesprochen. Dabei betonte er, es gelte, kulturelle Identität im Sinn von Strategie und Arbitrarität (1994a [1990]: 34), Positionierung und Geschichte zu begreifen (ebd.: 30) sowie entlang von Achsen der Kontinuität und Differenz zu denken (ebd.: 31). Hall unterstreicht die Bedeutung einer „imaginären Wiederentdeckung [...], die mit dem Konzept einer wiederentdeckten, wesenhaften Identität verbunden ist“ und stellt sie neben eine zweite „Sichtweise“ von Brüchen und Diskontinuitäten (ebd.: 28 f.). Es geht mir mit den nachfolgenden Ausführungen nicht darum, diesen Wunsch nach Herstellung von Gemeinsamkeit und Gemeinschaft zu diskreditieren. Allerdings zeigen Halls spätere Überlegungen auch, wie wirkmächtig der hier rekonstruierte Identitätsdiskurs ist, der sich dadurch reproduziert, dass Kritik und schließlich auch andere politische Formen ausgeschlossen bzw. vereinnahmt werden müssen.

Hall stellt zunächst das paradoxe Nebeneinander von „diskursiver Explosion“ und „durchdringender Kritik“ am Konzept von Identität fest. Es sei jedoch weiterhin notwendig, sich mit Identität zu befassen, da es sich um eines jener „Schlüsselkonzepte“ handle, die nicht ersetzt werden könnten (Hall 1996a: 1 f.). Identität sei ein „irreduzibles“ Konzept aufgrund seiner „Zentralität in Bezug zu Fragen der Handlungsfähigkeit (agency) und von Politik“ (ebd.: 2). Die Ersetzung des Konzepts Identität durch Identifikation, die Hall zunächst im Hinblick auf die diskursive Hervorbringung von Subjektpositionen vornimmt, wird ausführlich erläutert und begründet, um schließlich wieder auf den Begriff der Identität

12 Im Kontext der queer Thematisierungen wird die Entgegensetzung von Konstruktivismus und Essentialismus problematisiert (vgl. Fuss 1989; Sedgwick 1990). Seidman beispielweise ist ein Autor, der der queer theory zugeordnet werden kann und Identitätskritik vor allem als Instrument gegen essentialistische Identitätspolitik begreift, ansonsten ein poststrukturalistisch begründetes Untergraben von Identitätspolitik als „Anti-Identitätspolitik“ ablehnt (vgl. 1993; 1995; 1996).

tität zurückzukommen und den Unterschied zwischen „Identität“ und „Identifikation“ wieder zu untergraben:

„I use ‚identity‘ to refer to the meeting point, the point of *suture*, between on the one hand the discourses and practices which attempt to ‚interpellate‘, speak to us or hail us into place as the social subjects of particular discourses, and on the other hand, the processes which produce subjectivities, [...]. Identities are thus points of temporary attachment to the subject positions which discursive practices construct for us. [...] The notion that an effective suturing of the subject to a subject-position requires, not only that the subject is ‚hailed‘, but that the subject invests in the position, means that suturing has to be thought of as an *articulation*, rather than a one-sided process, and that in turn places *identification*, if not identities, firmly on the theoretical agenda.“ (Ebd.: 5 f.; Hervorhebung i. O.)

Warum vertauscht Hall den Begriff der Identifikation, der auf die diskursive Hervorbringung einer Subjektposition verweist, mit dem Begriff der Identität, der diesen Verweis nicht beinhaltet? Mehr noch, es werden Foucaults Thematisierungen des Subjekts und des „Verhältnisses zu sich“ in *Der Gebrauch der Lüste* in die Nähe des „Gebiets, [...] das zur Problematik der Identität gehört“ (Hall 1996a: 13) gerückt, wenn auch mit der Anmerkung: „Foucault, of course, would not commit anything so vulgar as actually to deploy the term ‚identity‘“ (ebd.). In Halls Argumentation führt die Kontextualisierung Butlers in feministischer Theoriebildung und Politik dazu, ihre Arbeiten „direkt“ an „Fragen der Identität und Identitätspolitik“ zurückzubinden.¹³ Obwohl Hall in seinem Text auf die Kritiken an Konzeptionen von Identität und der Subjektkonstitution eingeht und das Problematische daran herausstellt, kommt er letztlich auf die „Frage der Identität“ als „Notwendigkeit“ zurück, da sie von „erheblicher politischer Bedeutung“ sei, und postuliert „Notwendigkeit und ‚Unmöglichkeit‘ von Identitäten“ (ebd.: 16): die „Notwendigkeit von Identitäten“ wird neu begründet. Halls Text demonstriert zweierlei: Erstens die Argumentation, die die „Notwendigkeit von Identität“ oder der „Frage der Identität“ im Politischen verortet, wobei es Hall um die „Logik, in der der rassialisierte und ethnisierte Körper diskursiv konstituiert wird“, geht (ebd.: 16). Zweitens zeigt Halls Text eine bestimmte Vorgehensweise auf, Arbeiten, die sich explizit kritisch mit der Diskusivierung von Identität auseinandersetzen für die

13 „[...] and so is directly recurrent both to the questions of identity and identity politics, and to the question which Avtar Brah’s work posed earlier about the paradigmatic function of sexual difference in relation to other axes of exclusion“ (ebd.: 15).

Begründung der Rede von Identität als „notwendig“ zu vereinnahmen. Dies geschieht, indem eine Lesart eingebracht wird, durch die die kritischen Einwände zum Verschwinden gebracht werden, etwa wenn die theoretische Auseinandersetzung mit Subjektivierungseffekten direkt auf Identitätspolitik zurückgeführt wird (Butler) oder in die Nähe der „Problematik von ‚Identität‘“ gerückt wird (Foucault).

Ein ganz anders motiviertes Vorgehen dieser Art stellt die Vereinnahmung von Identitätskritik von Keupp et al. (1999) dar. Hier wird die „Frage der Identität“ u. a. in einer sogenannten *conditio humana* fundiert (Keupp 1999: 28). Während Hall die „Frage der Identität“ als „unausweichlich“ politisch begründet, sind es für Keupp et al. „sich wandelnde gesellschaftliche Rahmenbedingungen“, „wachsende gesellschaftliche Unübersichtlichkeit, Enttraditionalisierung und Widersprüchlichkeit“, die die Rede von Identität zu einer Notwendigkeit machen (1999: 9). Unter den Bedingungen „neuer Informations- und Kommunikationstechnologien“ (ebd.: 36), der „Individualisierung“ in der „Risikogesellschaft“ (mit Bezug zu Beck 1986), Anforderungen der Mobilität in „fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften“ (mit Bezug zu Walzer 1993), hätten wir es gegenwärtig „eindeutig mit einer ‚heißen Periode‘“ von Enttraditionalisierung und Individualisierung zu tun, wenn auch zugegeben wird, dass Umbruchszenarien „sich durch die Geschichte der Moderne als Dauerbrenner“ ziehen (ebd.: 40). Diese Bedingungen begründen, so Keupp et al., die Notwendigkeit eines Untersuchungsobjekts der „Identitätsarbeit als aktive Passungsleistung des Subjekts“ (ebd.: 60).

„Identität ist ein ewiges und universelles Problem, das heute in nie dagewesener Schärfe und Verbreitung besteht. Identität ist der Name für ein Problem sowohl des Alltagsmenschen wie auch der diesen Alltag reflektierenden Wissenschaft. Identität ist sowohl der Name für den Lösungsprozeß des gleichnamigen Problems wie auch der Name für die temporären Lösungen des Problems.“ (Ebd.: 70)

Auch in diesem Text wird Identitätskritik vereinnahmt, indem sie darauf reduziert wird, „ideologische Fehlprogrammierungen“ in „Konstruktionen vom Subjekt“ in Frage zu stellen (ebd.: 18). Feministischer Kritik an Eriksons Identitätsbegriff wird eine notorische Unbelehrbarkeit bescheinigt (ebd.: 26), die Infragestellung des „Ideals einer gelingenden Integration von Subjekt und Gesellschaft“ als „kritizistische Entlarvungsmanier“ abgetan. Nachdem die „Frage der Identität“ zu einer *conditio humana* erklärt wurde, reduzieren sich die Möglichkeiten von Kritik (etwa an Eriksons Identitätstheorie) auf die „kritische Überwindung jenes zeit-

spezifischen Postulats nach Passungsformen zwischen Subjekt und Gesellschaft“ (ebd.: 31). Auf diese Weise wird Kritik an den Anforderungen an soziale AkteurInnen, sich selbst zu entwerfen, indem vorherrschende Normen verinnerlicht werden, zum Verschwinden gebracht. Keupp et al. liefern ein Beispiel für das, was im Folgenden als Normalisierung beschrieben wird – der Zwang zur flexiblen Ausrichtung an Normen und die Reproduktion von Normalität. Mit dem Konzept der „Patchwork-Identität“ und „Identitätsarbeit“ wird aus der Norm von „Passung zwischen Subjekt und Gesellschaft“ eine aktualisierte Version geliefert: die „Passungsleistung des Subjekts unter den Bedingungen einer individualisierten Gesellschaft“ (ebd.: 60).

Das Konzept der „Patchwork-Identität“ wurde von Keupp entworfen, um den Anforderungen von Modernisierung und Individualisierung gerecht zu werden, die Individuen mehr Mobilität abverlangen, und deren Identitäten in ihrem biographischen Ablauf weniger durch Stabilität, sondern eher durch Segmentierung und Komplexität gekennzeichnet seien (1989: 55). Insofern handelt es sich sowohl bei dem Konzept der „Patchwork-Identität“ als auch der „alltäglichen Identitätsarbeit“ um das Vorhaben einer Dekonstruktion „eher statische[r] Identitätsmodelle“ (Keupp et al. 1999: 61). Sicher ist mit Individualisierung und Enttraditionalisierung auch ein Gewinn an Freiheiten verbunden. Auch die Vorstellung von Identität als einem „inneren Kern“ zugunsten eines prozessualen Charakters zu verabschieden (ebd.: 30), ist zu begrüßen. Nur, die Anforderung der „Passungsleistung“ steht auf diese Weise gar nicht mehr in Frage, sondern wird als nicht näher zu begründende Notwendigkeit hervorgebracht.¹⁴ Darüber hinaus wird eine Theorie zur Verfügung gestellt, die die Norm zur Flexibilisierung und Individualisierung

14 Mit Willems und Hahn, auch sie Herausgeber einer Aufsatzsammlung unter dem Titel *Identität und Moderne* (1999), müssen in der Moderne Vorstellungen von der Übereinstimmung von „Individuum“ und „Gesellschaft“ verabschiedet werden. Für die Konzeption vom Individuum als Ganzheit gebe es keine Grundlage, sondern als „Kreuzungspunkt kultureller Sinnsysteme“, als „Beziehungsschnittpunkt“ entstehe es in „Kombinationen, die als Ganzheit in keinen einzelnen sozialen Kreis transferiert werden können.“ Das Individuum könne „in keinem der Subsysteme als ganzes kommunikativ eingebracht werden“ (1999a: 14 f.). Auch Handlung könne nicht als identische Einheit gedacht werden: „nicht einmal die zu einem gegebenen Zeitpunkt sich abspielenden materialen Ereignisse [sind] mit sich selbst identisch [...]. Sie sind in ihrer Identität durch die jeweils sich anschließenden Folgen in den verschiedenen Systemen jeweils etwas anderes.“ (ebd.: 13). Die Unmöglichkeit einer „Passung“, auch wenn sie als aktive „Passungsleistung“ entworfen ist, zwischen „Subjekt und Gesellschaft“, zwischen den Angehörigen eines definierten kollektiven Zusammenhangs ist demnach konstitutiv für die „Moderne“.

ebenso produziert wie sie darauf reagiert. Das Konzept der „beständige[n], „alltägliche[n] Identitätsarbeit““ als einem Prozess der „permanente[n] Passungsarbeit“ (ebd.: 30) entspricht den Erfordernissen dieser Norm. Die Ausrichtung sozialer AkteurInnen an diesen Anforderungen kommt aber neuen Formen der Unterwerfung gleich, die gerade in der Flexibilisierung und dem Gebot „permanenter Passungsarbeit“ besteht.

Halls Thematisierung stellt demnach ein Beispiel für die Postulierung der „Frage der Identität“ als Notwendigkeit des Politischen dar. Dafür müssen jedoch eine Reihe anderer Möglichkeiten von Formen politischer Praxis ausgeschlossen werden. Keupp et al. stellen mit ihrem Beitrag ein Beispiel für die Begründung der „Frage der Identität“ als Notwendigkeit in der *conditio humana* selbst dar. Sie muss als „notwendige“ Frage, d. h. als Fragestellung von sozialwissenschaftlicher Relevanz, erst begründet werden. Das erfolgt erstens durch die Definition einer sozialwissenschaftlichen als empirischen Fragestellung nach dem ‚Menschen‘, im Unterschied zu einer philosophischen (ebd.: 31 f.), wodurch generelle Fragestellungen, in diesem Fall die Auseinandersetzung mit der Gegenstandsbestimmung, an eine andere Disziplin delegiert werden. Zweitens liefert der Entwurf eines Krisenszenarios die aktuelle Begründung für die angeblich ewige Frage nach dem „Menschen“. Dem ist entgegen zu halten, dass der „Mensch“ als Objekt der Wissenschaft als eine historisch spezifische Erscheinung herausgestellt und die Möglichkeiten, ihm auf den „Grund“ zu gehen, in Frage gestellt wurden.¹⁵ Die Begründung von Keupp et al. wirft neue Fragen auf statt den Gegenstand zu begründen: Warum sollte dieses von Anfang an zweifelhafte Objekt wissenschaftlicher Untersuchung aktuell zu wissenschaftlichen Erkenntnissen führen? Warum sollte es gerade für die „eindeutig [...] heiße Periode“ der „Enttraditionalisierung und Individualisierung“, in der wir uns scheinbar befinden, zu Erkenntnissen führen? Warum sollte die wissenschaftliche Untersuchung der aktuellen „Identitätssuche“ anderes zu Tage fördern als die bereits vorausgesetzte Annahme, dass „wir“ uns „immer schon“ und „immer noch“, und heute besonders dringlich, die „Frage der Identität“ stellen?

15 Zu Foucaults „fin de l’homme“ in den Humanwissenschaften sowie den Übergang zu einer feministischen Kritik an den Naturwissenschaften vgl. Frietsch (2002). Auf eine poststrukturalistische Kritik an der Figur des „Menschen“ weist z. B. Kamper hin, wenn er der „unentwegte[n] Rekonstruktion von Identität in den therapeutischen Sozialwissenschaften und in den sozialwissenschaftlichen Therapien“ (1980: 81 f.) das „Konzept einer ‚strikten Ambivalenz‘“ vorzieht. Den Gegensatz von „Subjekt“ und „Objekt“ gelte es aufzulösen sowie die „Position im Mittelpunkt der Welt“ freizugeben sei (ebd.: 85).

Die Konstruktion der Notwendigkeit der „Frage der Identität“ verdankt sich einer Tautologie. In Halls wie in Keupps Text steht im ersten und im zweiten Teil jenes Satzes, der die Rede der Identität begründet, das Selbe: die Rede von Identität ist notwendig, da sie eine Notwendigkeit ist. Es ist so, weil es so ist. Das Postulat von der Unausweichlichkeit der „Frage der Identität“ ist in sich selbst begründet. ‚Notwendig‘ wird die „Frage der Identität“, da sie ausschließlich gemacht wird: es gibt nichts anderes, keine anderen politischen Formen, keine anderen Fragestellungen.

Cornel West beschreibt dieses Phänomen in der Rede von Identität mit der Metapher von Leben und Tod. Identität handle von Begehren und Tod, und fungiere wie eine Religion: „identity cuts at that deep existential level where religion resides“ (1992: 21). Spivak (1992) findet für diese Ursprungserzählung Derridas Parallelisierung von Geist und Gäschen in *Glas*: Am Grunde von „identity talk“ ist die unspektakuläre Körpertätigkeit: „The ontic as fart or belch, the signature of the subject at ease with itself decentred from the mind and the body, which writes its inscription“ (Spivak 1992: 797). Wenn die Rede von Identität Metaphysik auf den Plan ruft, dann konterkariert Spivaks Postulat von der Nähe von „Geist“ und „Gäschen“ dies. Es weist zudem auf die strukturelle Unmöglichkeit, diesen Ursprung begrifflich zu fassen. Wie die Bedeutung des lateinischen Wortes „idem“ dem Begriff Identität „Vielheit“ und „Wiederholungen“ zugrunde legt – und nicht die Bedeutung „gleich“ im Sinne von „eins“ (ebd.: 774) – so ist der „Furz“ beispielhaft für die Unmöglichkeit, zu einem Ursprung zurückzukehren, denn er ist Wiederholung, die nicht identisch ist, etwas, was nicht erwischt, nicht festgemacht werden kann: „A familiar case of the daily failure of the simplicity of ontology. Rather than the idea infinitely repeatable and therefore always identical, the repetition becomes something that cannot be caught“ (Spivak 1992: 797).

Es gehe nicht darum, sich über das „Gefühl“, einer bestimmten „Herkunft“ zu sein, lustig zu machen: „[...] to feel one is from an origin is not a pathology. It belongs to that group of grounding mistakes that enable us to make sense of our lives.“ (ebd.: 781). Allerdings soll die Rede vom „Ursprung“ auf eine andere Ebene gehoben werden, auf die der Institutionen, der Mechanismen und Performativität statt „Erfahrung“ als direkte Folge von „Herkunft“ zu begreifen (ebd.). Denn das Zurückbiegen auf einen „Ursprung“ impliziert auch einen Akt der Gewalt, darin stimmt Spivak mit West überein, wenn sie schreibt: „History slouches in it, ready to comfort *and* kill“ (ebd.; Hervorhebung i. O.).

Anders als West und Hall schätzt Spivak allerdings die Möglichkeiten ein, die Rede von „Leben“ und „Tod“, „Begehren“ und „Tod“, zum

Ausgang politischen Handeln zu machen. Während Hall Identität als ein „irreduzibles“ Konzept aufgrund seiner „Zentralität in Bezug zu Fragen der Handlungsfähigkeit (agency) und von Politik“ (Hall 1996: 2) nicht aufzugeben bereit ist, West die Zersplitterung der Linken darauf zurückführt, dass „sie nicht wirksam zu Begehren und Tod gesprochen haben“, ¹⁶ schlägt Spivak vor, das Politische darin auszumachen, dass man sich der „Identität entkleidet“: „I stood in front of the installation striped, precisely, of my ‚identity‘. This is the kind of stripping that must be undertaken together if ethnic identities in the so-called First World are to become culturally and politically productive“ (Spivak 1992: 785).

Es gilt, einer Politik zu misstrauen, die mit dem ‚Ursprung‘ handelt und sich von Ansprüchen, die darin begründet werden, zu distanzieren: „Everything is susceptible for exchange; but commodity is something *made* for exchange. Identity as commodity“ (ebd.: 798; Hervorhebung i. O.). Spivak appelliert in diesem Text an die Verantwortung „transnationaler KünstlerInnen in der Dritten Welt“, die Nachfrage für „interkulturellen Austausch“ nicht zu beantworten (ebd.).

Als Ware werden „Nation“ und „Identität“ mittels eines Tauscherts umgesetzt. Für die Nation sind Frauen „das Mittel jenes Austauschs“ (ebd.: 803). Meine Untersuchung wird u. a. aufzeigen, auf welche Weise auch andere als Frauen zum Tauschwert werden in der Rede von Identität, z. B. indem (Weiße) Frauen den Anspruch auf Identität in der Kategorisierung anderer als „primitiv“, als „Natur“, begründen: so werden diese zum Tauschwert in einem Handel, der Identität (bzw. den Status des ‚Menschen‘) als Ware hervorbringt.

Das Vorhaben, mit einem sozialkonstruktivistisch oder dekonstruktivistisch geläuterten – um nicht zu sagen: gereinigten – Identitätsbegriff zu arbeiten, ist ein Schwindel, der verdeckt, dass an dem Identitätsbegriff festgehalten wird, da die eigene Rede mit jener Macht ausgestattet wird, die Ursprungserzählungen eigen ist. Die Rede von Identität ist ohne den metaphysischen Gehalt nicht zu haben. Anders gesagt, es ist der metaphysische Gehalt, der die Rede von Identität so verlockend macht, wenn sie zur zwingenden erklärt wird. Zwar legt der Rekurs auf ein dekonstruktivistisches Verfahren und auf eine sozialkonstruktivistische Perspektive nahe, dass der Gebrauch des Identitätsbegriffs einer Entledigung des metaphysischen Gehalts bedarf, gewissermaßen um die Rationalität des Begriffs zu gewährleisten oder herzustellen. Demgegenüber stelle ich die These auf, dass an dem Gebrauch des Identitätsbegriffs nach wie vor festgehalten wird, *da* er Bedeutungen aus dem Be-

16 „Yes, the left is Balkanized; yes, the left is fragmented. The older universalist projects of the left have been shattered – shattered because they did not speak effectively to desire and death“ (West 1992: 22).

reich des Metaphysischen und des Religiösen aufruft, da er Ursprungserzählungen ermöglicht.

Identität und Normalität

Im Zusammenhang von queer-politischen und postkolonialen Auseinandersetzungen, die sich auf poststrukturalistische Philosophie beziehen, wird auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die mit Identitätspolitik und der Behauptung einer ursprünglichen Identität einhergeht, dass die Inanspruchnahme einer Ursprungserzählung ausgebeutet wird: sei es durch Nationalismus, sei es durch ökonomische Nutzbarmachung, durch Gen- und Biotechnologie oder für andere politische und wissenschaftliche Zwecke.

In diesem Sinne ist der Einwand Spivaks, wenn sie die Herstellung von „Normalität“ in der Rede von nationaler bengalischer Identität beschreibt und postuliert, sich nicht darauf festlegen zu lassen. Für Spivak sind es gerade „feministische Internationalistinnen“, die sowohl die Vereinnahmung durch die „Rettungsversuche“ des Westen als auch durch den Nationalismus unterminieren (1992).¹⁷ Im Zusammenhang von queer Theoriebildung in den USA wird die Diskursproduktion von Frauen-, Lesben- und Schwulenbewegungen und ihr Beitrag zur Herstellung von Normalität in Frage gestellt. Normalisierung wird als „Schauplatz von Gewalt“ angeprangert (Warner 1993: XXVI) und Repräsentationspolitik im Sinne des Multikulturalismus in Frage gestellt, insofern auf diese Weise eine „Verdinglichung von Identität“ erfolge (ebd.: XIX).¹⁸ Diese Kritik richtet sich gegen Minderheiten- und Integrationspolitik in der Behauptung einer lesbischen und schwulen (mitunter auch bisexuellen) Identität (Weeks 1995: 230).

Über die Auseinandersetzung mit der Produktion von Bewegungsdiskursen hinaus wird an die Problematisierung von allgemein anerkannten Normen angeknüpft, die, so eine These dieser Arbeit, mit den Dekolonisationen und der Entstehung von sozialen Bewegungen (zunächst in den USA) ermöglicht wurde. Gesellschaftliche Normen wurden in ihrer Machtförmigkeit in Frage gestellt, im Unterschied zur Auffassung von der Funktionalität und Rationalität von Normen, wenn in sozialen Bewegungen die rassistisch und sexistisch segregierte Gesellschaft kritisiert wurde. Insofern stellen queer Problematisierungen von Heteronormativität, Norm der Zweigeschlechtlichkeit und Phallogo-

17 Vgl. a. Spivak (1988) und (1999).

18 Auch Fuss formuliert in ihrem programmatischen Text zu queer theory als Zielsetzung Widerstand gegen „dominante Diskurse“ und die Problematisierung der Diskursproduktion im Kontext der Bewegungen sowie des „Schweigens“, das damit produziert werde (1991: III f.).

zentrismus, etwa durch Butler (1990; 1993) und Sedgwick (1985; 1990), eine Kontinuität zu den vorangehenden sozialen Bewegungen her. In diesen Zusammenhang wird in dieser Arbeit „Weiße Normativität“ gestellt, und als Komplex von Normen, der „Weißsein“ privilegiert, bestimmt. Die Kritik an Normativität bezieht sich auf Normen, die sich auf den Körper im weitesten Sinne richten: auf das Aussehen, die Praktiken, das Begehren und die Arbeitsteilung, die am Körper festgemacht wird.

Im Anschluss an Jürgen Links Theorie des Normalismus (1997) wird Kritik an Normativität und Normalisierung auf die zwei normalistischen Strategien bezogen, die Link analysiert. „Normalität“ wird demzufolge als eine graduellen Kategorie bestimmt und „normative Norm“ oder „Normativität“ als „quasi-juristische Norm“, die qualitative Unterscheidungen und Vergleiche bedinge (Link 1997: 22 f.). Während „Normalität“ oder „Normalisierung“ als kennzeichnend für die Moderne gelten und auf Verdattung und Industrienorm basieren, seien normative Normen für alle Gesellschaften zu beobachten. Unter Normativität fasst Link das, was unter die soziologische Definition von Normen als Verhaltensanforderungen fällt.

Der Begriff der Normalisierung bezieht sich auf die Norm als Form von Macht, die sich Foucault zufolge seit dem 17./18. Jahrhundert als Norm der Disziplin auf die Körper und seit dem 19. Jahrhundert zudem als Norm der Regulierung auf die Bevölkerung richtet. Zusammen bringen sie Techniken der Individualisierung und der Regulierung (von Bevölkerung und Bevölkerungsgruppen, bzw. des ‚Menschen‘) hervor. Normalisierung bedeutet, dass Normen zunehmend gesellschaftlichen Austausch organisieren, indem sie mehr und mehr Gebiete umfassen (erzieherische und therapierende Praxis, ökonomische und technische Rationalisierung, grammatische Normen, Industrienormen, Normen im Gesundheitswesen, in der Armee etc.).¹⁹ Foucaults Analyse von Subjektivierungsweisen erfordert es, das Ideal der Individualisierung und der „Suche nach Identität“ als Modus der Unterwerfung zu untersuchen. Die Suche nach der Wahrheit des Selbst im „Sex“ erfolgt im Geständnis, das Foucault als „Diskursritual“ definiert, „in dem das sprechende Subjekt mit dem Objekt der Aussage zusammenfällt“ und außerdem ein Machtverhältnis zu einer Instanz impliziert, die das Geständnis zwingend macht (1995 [1976]: 79 f.). Wobei sich im „Sex“ jene Technologien verbinden, die die modernen Gesellschaften als Normalisierungsgesellschaften bedingen: Disziplinartechnologien und Regulierungstechnologien (Foucault 1992b [1976]). Die Rede von Identität als Effekt von

19 Vgl. Ritter (1984: 926 ff.); vgl. 5.3.

Normalisierung zu untersuchen, bedeutet demnach: die Anforderung, durch die es den Einzelnen auferlegt ist, sich selbst zu „entwerfen“, indem Normen verinnerlicht werden, als Form der Unterwerfung zu begreifen. Links Theorie des Normalismus geht darüber hinaus. Seit dem Ersten Weltkrieg, und umfassender seit den 1950er Jahren, gehe mit dem Normalismus die Anforderung an soziale AkteurInnen einher, sich an wissenschaftlich definierten, ständig erneuerten Normen und Standards flexibel auszurichten. Die „Frage der Identität“, deren Aufkommen in den Vereinigten Staaten seit den 1950er Jahren in dieser Studie diskursanalytisch rekonstruiert wird, wird in diesem Sinne als Effekt des Normalismus analysiert.

Hark hat lesbische Identitätspolitik im Sinne von Technologien des Selbst und des *gouvernement*, die Selbst-Führung und Führung durch andere beinhalten, untersucht (1996). Im Anschluss an Link analysiert sie Subjektformierung im Sinne von Normalisierung (Hark 1999). Hark definiert dabei die „Norm [...] als Scharnier zwischen Techniken der Disziplin [...] und Techniken der Regulierung“ sowie als „Matrix, die Intelligibles von Verworfenem trennt“ (1999: 77). Als regulierendes Ideal schaffe sie so die Differenz zwischen „sinnhaften“ und „nicht-sinnhaften“ Subjekten. Hark fasst diese Differenz im Sinne einer „Klassendifferenz“ zwischen „devianten Subjekten“ und „erkennenden, normalen“ Subjekten“, die sich auf diese Weise selbst definierten (ebd.: 80). Engel hat diese Konzeption in ihrer Studie über queer/feministische Politik aufgegriffen und das „Ineinandergreifen von rigider Normativität und flexibler Normalisierung“ als „Normalitätsregime“ bestimmt (2002: 76).

Diese Darstellung macht deutlich, dass der Begriff der Norm in dieser Untersuchung über die soziologische Definition von sozialen Normen als historisch spezifischen Verhaltensregeln oder „Verhaltensanforderungen“, die Regelmäßigkeit des Verhaltens für wiederkehrende Situationen ermöglichen²⁰, hinaus geht. Foucaults Untersuchungen stellen die Aktualität von Normalisierung heraus, die in der Verbindung sozialer Normen mit „regulativer Vernunft“ (Dreyfus/Rabinow 1994 [1982]: 301) besteht, und deren Existenz, jedenfalls für Gesellschaften westlicher Industrienationen, beschrieben werden kann. Die Begründung von Normen in Religion, Recht und Wissenschaft führe zur Suche nach der „Wahrheit unserer Begehren“, zur „Verstrickung in uns selbst und zu unserer Lenkung durch ein normalisierendes Gestränge von Gesetz und Medizin“ (ebd.: 299). Die Suche nach einem tiefen Selbst als Effekt von Normalisierung zu analysieren, heiße, sie als historische Konstruktion

20 Spittler (1967: 14), zit. n. Lamnek (1989: 469).

auszuweisen, durch die die Hervorbringung von Subjekten in einer „regulativen, instrumentellen Vernunft“ begründet wird (ebd.: 302). Während die Analyse Foucaults und Dreyfus'/Rabinows den Staat als Instanz regulativer Rationalität voraussetzt, wäre aktuell zu fragen, inwiefern darüber hinaus die Bedingungen neoliberaler Ökonomie jene Verbindung von Normen mit regulativer Vernunft begründet. AutorInnen der queer Theorie machen selbstkritisch darauf aufmerksam, dass die Problematisierungen von Geschlechtlichkeit im Sinne von Konstruiertheit und Performativität, die Instabilität und Möglichkeit der Veränderbarkeit sowie die Unterschiedlichkeit wie Vielfältigkeit von Geschlechtlichkeit und Sexualität historisch einhergehen mit den Anforderungen von Individualisierung und Flexibilität im Zuge gesellschaftlicher Umstrukturierungen durch neoliberale Ökonomie (Engel 2002).²¹ Anknüpfend an Foucaults Begriff der Gouvernamentalität werden inzwischen sowohl politische Praxen als auch die Anforderung des Selbstentwurfs, die auch im Zusammenhang sozialer Bewegungen hervorgebracht wurde, daraufhin untersucht, inwiefern sie den Bedingungen neoliberaler Ökonomie sowie den Veränderungen des (Wohlfahrts-) Staats entsprechen.²²

Die Rede von der scheinbar freien und selbstverantwortlichen Konstruktion von Identität – die Explosion der Rede von Identität, kann vor dem Hintergrund verstärkter Individualisierungsanforderungen im Neoliberalismus als funktional gedeutet werden. Dass MigrantInnen, Lesben und Schwule zuweilen als beispielhaft für diese Leistung des Selbstentwurfs analysiert werden, lässt auch auf die Anforderungen der Normalisierungsmacht rückschließen.²³ Es verweist auf die Ambivalenz der Nor-

21 Vgl. außerdem Genschel 1996; 1997; Hark 2000. Engel gibt einen Überblick der Arbeiten von Henessy (1995; 2000) und Evans (2000) über den Zusammenhang von queer/feministischer Politik und neoliberaler Ökonomie (2002: 199 ff.).

22 Vgl. dazu den von Pieper und Gutiérrez Rodríguez herausgegebenen Band (2003), in dem Beiträge zu feministischer Politik (Marugán Pintos/Vega Solís), queer/feministischer Theorie (Engel), internationaler Bevölkerungspolitik (Schultz), Geschlechterverhältnisse und Neoliberalismus (Pühl), Ethnisierung (Gutiérrez Rodríguez) und „Schwarzer community“ (Tate) enthalten sind.

23 So kritisiert z. B. Gümen (1996) die Darstellung von Migrantinnen als „Pionierin der Moderne“, als Vorreiterin moderner Individualisierungsprozesse, in bundesdeutscher Frauen- und Migrationsforschung. Diese Kritik weist auf die Problematik hin, dass aktuelle gesellschaftliche und ökonomische Bedingungen individualisierte, flexible Individuen erfordern, die in sozialwissenschaftlichen Texten auch hergestellt werden. In diesem Sinne kann auch die These von Knoll/Reisbeck hinterfragt werden, der zufolge Lesben und Schwule und ihre Lebensformen gewissermaßen Modellcharakter für „postmoderne Identität“ hätten (1993: 203). Dass soziale

malisierung: einerseits zu vereinheitlichen und bestehende Machtunterschiede zu nivellieren, andererseits andere Hierarchisierungen zu schaffen oder bestehende zu reproduzieren. Die „Frage der Identität“ stellt sich auch unter dem Vorzeichen der Befreiung offenbar vorwiegend MigrantInnen, Schwulen und Lesben. Die Kritik aus postkolonialen und queer Ansätzen auf die Diskursivierung von Identität zu beziehen, bedeutet demnach nicht nur auf der Konstruiertheit von Identitätsbegriffen zu bestehen, sondern die Verbreitung und Vervielfältigung der Rede von Identität als Effekt von Normalisierung zu analysieren.

AkteurInnen zu VorreiterInnen von Individualisierung stilisiert werden, hat auch zur Konsequenz, dass sie als besonders „brauchbar“ für veränderte Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt entworfen werden, dass sie für die Anforderungen von Prekarisierung und Intensivierung der Produktionsweisen, die sich aktuell durchgesetzt zu haben scheinen, „nutzbar“ sind. Was unter Identität als Fähigkeit gehandelt wird, „sich“ immer wieder neu zu konstruieren, kann so als Wirkung veränderter Produktionsweisen und nicht ausschließlich als „Befreiungstheorie“ aufgefasst werden.

